Nummer 474

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10000000 Mk. 69. Jahrgang Freitag, 12. Oktober 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: L. Köppen, Berlin-Steglenau; Inseratenteil: H. Honglemann, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Tagespreis der Anzeigen für die 12gespaltene Zeile: Grundzahl 500 × Schlußzeilsahl 100000, also 50 Mill. Mk. Reklamezeil 200 Mill. Mk. Stellungsuchende 20 Mill. Mk. Bezugs-Preis: für Monat Oktober (freibleibend) 260 Mill. Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig: Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 100 französische Francs, Belgien 100 belgische Francs, Schweiz 30 schweizerische Francs, Holland 15 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 20 schwedische Kronen, Norwegen 30 norwegische Kronen, England 25 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1000 rumänische Lei, Spanien 40 spanische Pesetas, Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 200 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für den Monat Oktober 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 600 Millionen Mark

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Um das Ermächtigungsgesetz.

Die Fraktionsführer der Koalitionsparteien traten gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die parlamentarische Krise herbeigeführte Lage eingehend zu erörtern. Es handelte sich dabei um die Fragen, auf welche Weise die notwendige ⅔-Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz zu erreichen sein wird, sowie darum, was geschehen soll, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht durchgebracht werden kann. Von demokratischer Seite liegt bereits ein Vorschlag vor. Die Demokraten haben nämlich beschlossen, beim Reichspräsidenten dagegen vorstellig zu werden, daß eine Auflösung des Reichstages in dem Sinne etwa erfolgen solle, daß die Regierung ohne Reichstag die geplanten Maßnahmen durchführt und keine Wahlen ausschreibt. Auch in den übrigen bürgerlichen Parteien besteht die Auffassung, daß ein solches Vorgehen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht zulässig und deshalb ein solcher Weg von vornherein unmöglich sei. Die Demokraten haben weiterhin das Ersuchen an die Sozialdemokraten gerichtet, den Fraktionszwang aufzuheben und ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben, um dadurch die Präsenz des Reichstages in der erforderlichen Weise zu erhöhen. Der gleiche Wunsch ist auch von anderen bürgerlichen Koalitionsparteien an die Sozialdemokratie gerichtet worden. Die sozialdemokratische Fraktion trat daraufhin zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dieser Frage und der parlamentarischen Lage zu befassen.

Maßregelung des Generals v. Lossow?

eca München, 11. Oktober.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" verzeichnen die Meldung des „Echo de Paris", daß General von Lossow wegen Nichtausführung eines Befehls von München versetzt werden soll. Das Blatt bemerkt dazu, General von Lossow habe es von Anfang an verstanden, ein gutes Verhältnis mit der bayerischen Staatsregierung zu pflegen und die in dem bisherigen Ausnahmezustand liegende Möglichkeit akuter Konflikte zu vermeiden, wobei ihm der gute Wille des bayerischen Generalstaatskommissars zu einem freundlichen Verhältnis mit dem Reich entgegengekommen sei. Die schwebende Frage sei eine politische Frage ersten Ranges. Von ihrer befriedigenden Lösung würde die bayerische Volksstimmung auf das allerwirksamste beeinflußt werden. Die „Neuesten Nachrichten" geben deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß alles unterlassen wird, was die ohnehin schwierige Situation verschärfen und die Entwicklung ins radikale Fahrwasser treiben müsse.

General v. Lossow ist heute vom Ministerpräsidenten Dr. von Knilling empfangen worden, der mit ihm eine längere Aussprache pflog. Wie es heißt, hat die bayerische Regierung in einem nach Berlin gerichteten Schreiben ihrem lebhaften Befremden über diesen Vorgang Ausdruck gegeben und auf die Folgen einer Maßregelung des Generals aufmerksam gemacht.

Eine Bestätigung dieser Nachrichten war an amtlicher Berliner Stelle nicht zu erlangen.

Erneute Forderung auf Rücktritt Schweyers.

TU München, 11. Oktober.

Eine Mitgliederversammlung der vereinigten vaterländischen Vereine in München hat erneut die unbedingte Forderung auf Rücktritt der Minister Schweyer und Wutzelhofer angestellt und zugleich erklärt, daß der Generalstaatskommissar nur dann im Volke eine Plattform finde, wenn er binnen kürzester Zeit mit rücksichtslosesten Vorgehen wenigstens den krassesten Uebelständen der Teuerung und des Währungsverfalls steuere.

Die durch den Generalstaatskommissar vor einer Woche diktierten niedrigeren Bierpreise für Bayern sind heute durch einen neuen Erlaß wieder aufgehoben worden. Entsprechend dem gesunkenen Geldwert mußte der Staatskommissar eine bedeutende Erhöhung der Preise, die sich jetzt zwischen 70 und 110 Millionen pro Liter bewegen, eintreten lassen.

Zusammenkunft Stresemanns und Seipels.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann wird sich mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei am Sonnabend abend nach Bregenz begeben, um dort am Sonntag mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zusammenzutreffen. Der Bundeskanzler wird voraussichtlich von dem Vizekanzler Frank und dem österreichischen Gesandten in Berlin, Riedl, begleitet sein. Die Zusammenkunft, die eine Erwiderung eines früheren Besuches des Bundeskanzlers Seipel in der deutschen Reichshauptstadt darstellt, und an der auch der deutsche Gesandte in Wien teilnehmen wird, hat den Zweck, mit dem leitenden Staatsmann des benachbarten und stammverwandten Landes in einen Gedankenaustausch über die politische Gesamtlage einzutreten und gleichzeitig über die Erfahrungen zu sprechen, die man bei der raschen und glücklichen Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich gemacht hat.

Das Kabinett handelt.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat der Reichskanzler, wie wir erfahren, dem Reichspräsidenten Bericht über die Vorgänge im Reichstag erstattet und das weitere Vorgehen besprochen. Es bleibt dabei, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend nicht genehmigt wird. In jedem Falle erhält das Kabinett dann freie Hand, denn wenn der Reichstag aufgelöst wird, hat sie ebenfalls Recht und Pflicht, die Regierung auf Grund der Verfassung nach eigenem Befinden weiter zu führen.

Unter Berücksichtigung dieser Sachlage und der Notwendigkeit, keine Zeit zu verlieren, hat sich das Kabinett gestern nachmittag entschlossen, nicht erst morgen, sondern bereits heute mit der Veröffentlichung der vorbereiteten Verordnungen zu beginnen. Der Kanzler und die Reichsminister wollen versuchen, sofort alle diejenigen Mängel zu beseitigen, die im gegenwärtigen Augenblick zu beseitigen sind. Besonders wichtig und verheißungsvoll ist, daß die Währungsreform mit den interessierten Sachverständigenkreisen eifrigst beraten wird und daß man hofft, schon in wenigen Tagen eine Verordnung darüber herausbringen zu können, die bei der Mehrheit des Volkes Zustimmung finden wird. Die Verhandlungen über die Kohlensteuer sind ebenfalls im Gange und sollen schnell zum Abschluß gebracht werden. Gelingt eine fühlbare Senkung der Kohlenpreise, so ist der Finanzminister, der entscheidende Vollmachten gegenüber allen Ressorts erhalten soll, geneigt, über die Aufhebung oder den Abbau der Kohlensteuer mit sich reden zu lassen.

Das Kabinett gibt sich keiner Illusion darüber hin, daß sowohl bei der Beschränkung der Ausgaben wie bei der Erhöhung der Einnahmen des Reichs weit über das hinausgegangen werden muß, was bisher für möglich gehalten wurde und daß trotzdem für die Deckung eines erheblichen Fehlbetrages im Etat wird gesorgt werden müssen. Aber man ist entschlossen, wirkliche Opfer zu fordern, um die Wirtschaft wieder ordentlich in Gang zu bringen. Die Regierung weiß, daß alle Behauptungen falsch sind, wonach die deutsche Industrie voll Devisen stecke und man diese nur herauszuholen brauche. Besonders im Ruhrgebiet ist das Gegenteil der Fall. Dort werden die Unternehmer genötigt sein, fremdes Kapital aufzunehmen, um sich Betriebskapital zu verschaffen.

Wir unsererseits hoffen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts ihren Parteiagitatoren und ihrer Presse den wahren Sachverhalt in dieser Hinsicht gründlich klar machen, damit die Hetze, die mit dem Schlagwort „Sachwertverfassung" und „Devisenschiebung" getrieben wird, aufhört. So wichtig wie es ist, dem deutschen Volk eine stabile Währung zu schaffen, so wichtig ist es auch, ihm die Gewißheit beizubringen, daß unsere Wirtschaft nicht Ueberfluß an Devisen, sondern größten Mangel hat.

Einzelheiten über die bevorstehenden Verordnungen des Reichskabinetts, über den Wortlaut der Verordnungen und ihren genauen Inhalt sind uns noch nicht bekannt. Aber wir gehen von Wenigen, was wir erfahren haben, unseren Lesern sofort Kenntnis, weil es uns wichtig erscheint, daß das Volk erfährt, daß das gegenwärtige Reichskabinett wirklich Ernst macht und handelt, ohne auf den Reichstag zu warten. Das wird zur Besserung der Stimmung und zur Vermehrung des fast ganz geschwundenen Vertrauens erheblich beitragen.

Je diktatorischer das Kabinett wohl erzwungene und praktische Maßnahmen durchführt, desto größer wird sein Anhang sein, desto schneller werden sich auch die Kreise auf der Rechten zufrieden geben, die jetzt noch mißtrauisch abseits stehen.

Die Kritik aller Maßnahmen behalten wir uns vor.

Diejenige finanzpolitische Maßnahme, zu der das Reichskabinett gestern den Reichspräsidenten um die Genehmigung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung ersucht hat, ist eine Verordnung, die sich auf die bisher geltenden Steuergesetze bezieht. Auf Grund dieser Verordnung sollen zunächst

die bisherigen Steuern an die Wertfüße der Gegenwart angepaßt werden,

ferner soll die Vermögenssteuerveranlagung, die einen gewaltigen technischen Apparat und viel Zeit und kostspielige Arbeit erfordert, eingestellt werden;

das Gleiche gilt für die Zwangsanleihe. Nur die Arbeiten, die die Bratabgabe betreffen, werden fortgesetzt werden.

Endlich werden alle Prozesse, die von Amtswegen um geringfügige Summen geführt werden, niedergeschlagen werden, um im Sinne der ganzen Verordnung unlukrative Arbeit zu ersparen.

Alle Steuern, die seit dem 1. September dieses Jahres fällig sind, müssen in aufgewerteter Form bezahlt werden, für frühere Steuern wird eine Umrechnungsformel bestimmt werden.

Ferner ist im Reichskabinett Einigung über gewisse Grundsätze nach der Ausgabenseite hin erzielt worden. Der finanzielle Gesichtspunkt wird sich bei allen Maßnahmen entscheidender durchsetzen haben. Dem Reichsfinanzminister wird ein weitgehendes Einspruchsrecht zugestanden werden in Bezug auf alle amtlichen und behördlichen Maßnahmen, die Geld kosten. Zugleich findet unter Kontrolle des Reichsfinanzministers eine Durchprüfung aller schon bestehenden Einrichtungen und aller im Gange befindlichen Vorbereitungen in finanzieller Hinsicht statt.

•

In Ergänzung unserer Mitteilungen wird von amtlicher Seite gemeldet:

Die immer wieder stoßweise fortschreitende Geldentwertung und die damit verbundene Veränderlichkeit aller wirtschaftlichen Verhältnisse haben das deutsche Steuerwesen systemlos und unübersichtlich gestaltet. Die Aufgabe, hier Ordnung zu schaffen, kann nicht von heute auf morgen gelöst werden. Das Reichsministerium hält es aber für seine Pflicht, ohne jeden Zeitaufschub in steuerlicher Hinsicht das zu tun, was möglich und dringend geboten ist, nämlich die auf Papiermark lautenden Steuern in der Zahlung wertbeständig zu machen. Auf Antrag des Reichsministeriums hat daher der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über Steueraufwertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren erlassen.

Damit folgt die deutsche Finanzwirtschaft dem Vorgehen der Privatwirtschaft, die sich in den letzten Monaten und Wochen immer mehr auf wertbeständige Zahlung eingestellt hat. Die Umstellung der Steuerleistungen auf Goldmark sichert den Staat gegen die Entwertung geschuldeter Steuerleistungen. Damit soll die Arbeit des Finanzbehördenapparates wieder fruchtbringend gemacht werden. Auf der anderen Seite wird der Staat auch bereit sein, zuviel gezahlte Steuern wertbeständig zurückzuzahlen. Ferner wird vorgesehen, daß die Finanzämter von der unproduktiven Weiterarbeit an den durch die Geldentwertung völlig überholten Steuern möglichst freigestellt werden. Ueber die Einzelheiten der Verordnung wird eine weitere öffentliche Mitteilung erfolgen. Gleichzeitig werden Durchführungsbestimmungen für eine Ueberleitung vom bisherigen Rechte in das neue gegeben.

Eine Mahnung in letzter Stunde.

Bis zuletzt und bis zum Aeußersten ist gestern im Reichstag um die Entscheidung zwischen den Parteien gerungen worden. Die Debatte dauerte wieder mehrere Stunden, obwohl niemand mehr etwas besonderes zu sagen wußte. Das Einzige, worauf man wartete, war die namentliche Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Diese Entwicklung wurde enttäuschen. Hätte aber der Reichstag gestern abgestimmt, so wäre das Ermächtigungsgesetz abgelehnt worden, und wir hätten die Regierungs- und Parteikrisis in verschlimmerter Form.

Die entscheidende Gesamtabstimmung über das Gesetz ist nun bis Sonnabend verschoben worden, weil die Koalitionsparteien allein nicht die Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten zusammengebracht hatten, die zu der Verfassungsänderung des Ermächtigungsgesetzes nötig ist. Der Reichstag zählt 469 Abgeordnete, seine Zweidrittelmajorität also 306, von denen wiederum mindestens zwei Drittel, also 204 für die Verfassungsänderung stimmen müssen, wenn sie Gesetz werden soll. Die ersten namentlichen Abstimmungen über den § 1 des Ermächtigungsgesetzes und die dazu gestellten Anträge ergaben, daß die Fraktionen der Koalition gestern mit Sicherheit nur ungefähr 250 Abgeordnete beisammen hatten. Die Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten erklärten nun, daß sie nicht dazu beitragen würden, durch ihre Antwesenheit ein Zweidrittelmajorität herzustellen und vor der entscheidenden Gesamtabstimmung den Saal verlassen würden. Damit war die Tatsache geschaffen, daß die Abstimmung, welche gestern vorgenommen worden wäre, die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes ergeben hätte. Die Koalition setzte sich zur Wehr und verschob die Abstimmung auf Sonnabend, um bis dahin die Abgeordneten zusammenströmen, die gestern im Sitzungssaal nicht erschienen waren.

Das Vorgehen der Opposition ist begreiflich. Die Deutschnationalen sind der Ueberzeugung, daß bei der Politik des Kabinetts Stresemann nicht der gewünschte Erfolg herauskommt, und die Kommunisten sind ja immer Feinde jeder nicht reinsozialistischen Regierung. Aber ebenso berechtigt war das Vorgehen der Koalition. Denn solange sie die Möglichkeit sieht, die Zweidrittelmajorität aus eigener Kraft zusammenzubringen, kann sie auf die Durchführung ihrer Pläne nicht verzichten. Das würde ja auch ein Verrat an der eigenen Ueberzeugung heißen.

Da der Reichskanzler den Parteiführern mitgeteilt hatte, daß er mit Zustimmung des Reichspräsidenten den Reichstag bei Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes auflösen würde, so ist alles auf Biegen und Brechen gestellt, und die Koalition hat nunmehr die Pflicht, die Zweidrittelmajorität aufzubringen, wogu sie auch imstande ist, wenn die zu ihr gehörenden Abgeordneten geschlossen hinter ihren Parteiführern stehen. Auch die gestern in die Entscheidung getretene Mißstimmung von 20 Sozialdemokraten würde daran nichts ändern.

Sollte Sonnabend aber wieder die Koalition die Lage nicht beherrschen, so wäre in der Tat entweder, daß dieser Reichstag so gespalten und die Koalitionsmehrheit so unsicher ist, daß sie festhält für die geplante gemäßigte Diktatur keine brauchbare Stütze bilden würde.

Sie sei deshalb noch einmal die Mahnung an alle Abgeordneten der Koalition gerichtet, ihre Schuldigkeit zu tun und einen Wahlkampf, der doch wohl allgemein für gleichbedeutend mit Bürgerkriegsgefahr gehalten wird, zu vermeiden.

Wollen wir uns wirklich im Innern zerfleischen, während rund sicher weit weniger Wochen zur Vollendung des völligen Rentes des Ruhrgebiets ausstehen als zur Durchführung von Neuwahlen, Wiederzusammentritt des Reichstages und Neubildung der Regierung nötig wären? Soll wirklich während dieser entscheidenden Tage und Wochen die Reichsregierung in ihrer Aktionsfähigkeit gehemmt, mit allen ihren Kräften noch innen festgelegt und noch außerhin der Autorität beraubt werden?

Es ist doch gar kein Zweifel daran, daß Poincaré gar nicht daran denkt, irgendeine Reichsregierung im Ruhrgebiet anerkennen zu lassen. Seine gestrige Antwort an den deutschen Geschäftsträger ist eine glatte Zurückweisung. Soll dazu

Um Baldwins Politik.

EP London, 11. Oktober.

Es wird mitgeteilt, daß Baldwin auf dem konservativen Parteitage, der Ende Oktober zusammentreten wird, eine Rede über die Reparationspolitik der Regierung halten wird. Glocksprüche werde er über die Schutzzollfrage und über die Inflation sprechen. Man hält es für möglich, daß der Parteitag Neuwahlen fordern wird, falls das neue Regierungsprogramm in diesen drei Fällen von der bisherigen Politik abweichen würde.

Die schutzzöllnerischen Absichten der Regierung werden von den Liberalen entschieden mißbilligt. Sie haben beschlossen, einen Feldzug dagegen zu eröffnen, den Lord Beckham am Donnerstag mit einer Rede einleiten soll. Die Haltung der Arbeiterpartei in dieser Frage ist nicht einheitlich. Im großen und ganzen tritt die Partei für alle Maßnahmen ein, durch die die Arbeitslosigkeit gemildert und die Lebensmittelpreise herabgesetzt werden. Im übrigen faßt sie im Falle von Neuwahlen auf einen entschiedenen Sieg. Ein Kabinett Macdonald erscheint ihr nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu liegen.

Trotz des offiziellen Dementis glauben einige Zeitungen, daß zwischen Lord Curzon und Baldwin keine vollständige Einigkeit über die Reparationsfrage besteht. „Daily Herald" ist der Ansicht, daß die Rede Lord Curzons mit dem Kommuniqué, das nach der Besprechung Baldwins mit Poincaré veröffentlicht wurde, nicht zu vereinbaren sei. Vor allem sei Baldwin Schwäche und Ungeschicklichkeit in der diplomatischen Haltung vorzuwerfen. Er scheine nicht mehr eine bestimmte Politik zu befolgen. Baldwin sei heute ein Mann, der von der Strömung fortgerissen werde. Es unterliege keinem Zweifel, daß er in der Achtung seiner Mitbürger gewaltig gesunken sei. Er werde jetzt als ein Waschlappen angesehen. Dagegen glaubt der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette", daß zwischen Lord Curzon und Baldwin keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Schlußkurs der Mark in New-York
0,00000002 pom.
Hiesige Parität
5 Milliarden Mark
Dollar im Berliner Abendverkehr
4,2—4,5 Milliarden M.